

Zehnte Sitzung – Dixième séance**Mittwoch, 5. Oktober 1977, Vormittag****Mercredi 5 octobre 1977, matin****9.00 h****Vorsitz – Présidence: Herr Munz****75.223**

**Parlamentarische Initiative (Ziegler-Genf).
Stimmrecht und Wählbarkeit für Achtzehnjährige
Initiative parlementaire (Ziegler-Genève).
Droit de vote et d'éligibilité abaissé à 18 ans**

Bericht der Kommission des Nationalrates vom 14. Juni 1976
(BBl II, 1401)

Rapport de la commission du Conseil national du 14 juin 1976
(FF II, 1369)

Stellungnahme des Bundesrates vom 20. Oktober 1976
(BBl III, 1128)

Avis du Conseil fédéral du 20 octobre 1976 (FF III, 1153)

Beschluss des Nationalrates vom 5. Mai 1977

Décision du Conseil national du 5 mai 1977

Wortlaut der Initiative vom 12. März 1975

Artikel 74 Absatz 2 der Bundesverfassung wird wie folgt geändert:

² Stimm- und wahlberechtigt bei solchen Abstimmungen und Wahlen sind alle Schweizer und Schweizerinnen, die das 18. Altersjahr zurückgelegt haben und nicht nach dem Recht des Bundes oder des Wohnsitzkantons vom Aktivbürgerrecht ausgeschlossen sind.

Antrag des Büros

Ablehnung der Initiative

Antrag Morier-Genoud

Annahme der Initiative

Texte de l'Initiative du 12 mars 1975

L'article 74, 2e alinéa, de la constitution fédérale est modifié comme suit:

² Tous les Suisses et toutes les Suissesses âgés de dix-huit ans révolus et qui ne sont pas privés des droits politiques par la législation de la Confédération ou du canton de domicile ont le droit de prendre part à ces élections et votations.

Proposition du Bureau

Rejeter l'initiative

Proposition Morier-Genoud

Adopter l'initiative

Reimann, Berichterstatter: Am 12. März 1975 hat Herr Nationalrat Ziegler-Genf eine Einzelinitiative eingereicht, wonach das Stimmrechtsalter und das Wahlrechtsalter auf 18 Jahre herabgesetzt werden soll. Parlamentarische Initiativen stützen sich auf Artikel 93 Absatz 1 der Bundesverfassung und das Verfahren auf Artikel 21bis bis 21novies des Geschäftsverkehrsgesetzes. Am 17. Dezember 1975 beschloss der Nationalrat mit 65 : 60 Stimmen, der Initiative Ziegler Folge zu geben. Die vorberatende Kommission des Nationalrates beantragte daraufhin am 14. Juni 1976 in ihrem Bericht, das Stimm- und Wählbarkeitsalter auf 18 Jah-

re zu senken und den neugefassten Artikel 74 Absatz 2 der Bundesverfassung Volk und Ständen zur Abstimmung vorzulegen. In Befolgung der eingangs erwähnten Artikel des Geschäftsverkehrsgesetzes unterbreitete die Kommission des Nationalrates ihren Bericht (ich verweise auf die Seiten 5 bis 8 der Vorlage 75.223 mit den Pro und Kontra, die Sie dort nachlesen können) dem Bundesrat zur Stellungnahme. In seiner Stellungnahme vom 20. Oktober 1976 erinnert der Bundesrat daran, dass er ja seinerzeit aufgrund der Vorstösse Tanner vom 3. Juni 1970 und Ulrich vom 17. Juni 1970 eine Studienkommission unter anderem auch mit der Frage der Herabsetzung des Stimm- und Wählbarkeitsalters beauftragt habe. Am 21. März 1973 hatte der Bundesrat vom Bericht der Expertenkommission Kenntnis genommen und gleichzeitig die Bundeskanzlei mit der Durchführung eines Vernehmlassungsverfahrens bei den Kantonen und Parteien beauftragt. Schon am 14. November 1973 beschloss dann der Bundesrat, die ganze Frage um einige Jahre zu vertagen, um vor allem auch die weitere Entwicklung in den Kantonen zu verfolgen. Er hat in der Folge auch keine entsprechende Verfassungsrevision in den Richtlinien für die Legislaturperiode 1975–1979 vorgesehen. Für diese abwartende Haltung des Bundesrates waren 1973 ausschlaggebend: 1. Weder das Vernehmlassungsverfahren bei den Kantonen und Parteien noch die Umfrage bei 30 000 Jugendlichen im ganzen Land gaben eine klare und eindeutige Tendenz. 2. Die Herabsetzung des Stimmrechtsalters wurde in den Jahren 1972/73 in fünf Kantonen vom Volk zum Teil hoch verworfen. Und schlussendlich kam dazu die Ueberlastung des Gesetzgebungsapparates des Bundes und die mangelnde Dringlichkeit einer solchen Vorlage.

In der Stellungnahme vom Oktober 1976 weist der Bundesrat nun darauf hin, dass nach wie vor ähnliche Gründe wie 1973 für und gegen die Herabsetzung des Stimmrechtsalters sprechen. Er ist aber der Meinung, dass die Ueberlegungen, welche 1973 zur Nichtweiterverfolgung des Geschäftes führten, auch heute noch Geltung haben. Die Tatsache, dass auch seit der ersten Stellungnahme wieder ähnliche Vorlagen in sechs Kantonen (im Kanton Schaffhausen zum zweitenmal) abgelehnt wurden, ist für den Bundesrat eine Bestätigung für seine These, dass die Sache noch nicht jenen Reifegrad erreicht hat, um einem entsprechenden Verfassungsartikel auf Bundesebene eini- ge Chancen zu geben, um bei Volk und Ständen durchzu- kommen.

Am 5. Mai 1977 befasste sich der Nationalrat in der Folge ein zweites Mal und in Kenntnis der abwartenden Stellungnahme des Bundesrates mit der Angelegenheit. Er stimmte der Initiative Ziegler – diesmal mit 71 : 57 Stimmen – zu. Dabei wurde der Initiativtext auf Anregung des Bundesrates leicht modifiziert (ich verweise auf Seite 2 unten der bundesrätlichen Stellungnahme vom 20. Oktober 1976). Heute haben wir uns im Ständerat nun mit der Materie zu befassen. Das Büro Ihres Rates, dem die Initiative zur Behandlung zugewiesen wurde, hat den Vorstoss von Herrn Ziegler an der Sitzung vom 6. September behandelt. Dabei war als Experte auch der seinerzeitige Präsident der Expertenkommission, Herr Vizekanzler Buser, anwesend. Namens des Büros Ihres Rates beantrage ich Ihnen, mit allen Stimmen bei einer Enthaltung, Ablehnung der Initiative Ziegler. Dabei ist nicht etwa eine einhellige und grundsätzliche Gegnerschaft gegen die Idee einer Herabsetzung des Stimm- und Wahlrechtsalters auf 18 Jahre für unseren Antrag bestimmend gewesen. Im Gegenteil, zwei Mitglieder des heutigen Büros haben ja den seinerzeitigen Vorstoss unseres Kollegen Ulrich mitunterzeichnet. Wir sind aber nach gründlicher Ueberlegung von Pro und Kontra zur Ueberzeugung gelangt, dass eine solche Entwicklung von unten nach oben getragen werden müsste, also von den Kantonen zum Bund und nicht umgekehrt, und dass sie zudem von den Direktbeteiligten auch mehrheitlich herbeigewünscht und erwartet werden sollte. Solange aber diese Voraussetzungen nicht erfüllt sind, erachten wir es als sinnlos, mit einem weiteren Plebiszit einer überlasteten

Abstimmungsdemokratie noch eine weitere Vorlage auf den Karren zu laden, sind doch schon heute für die sechs in dieser Legislaturperiode noch verbleibenden Abstimmungssonntage bereits 12 bis 15 Geschäfte voraussehbar. Wir glauben, dass wir der Weiterentwicklung dieser Idee einen besseren Dienst erweisen, wenn wir den Reifeprozess noch um einige Jahre verlängern und vor allem die Entwicklung in den Kantonen abwarten. Aus diesen Überlegungen heraus ersuche ich Sie, unserem Antrag auf Ablehnung der Initiative Ziegler zuzustimmen.

Ulrich: Bei der Behandlung dieser Initiative befinde ich mich in einer ganz besonders heiklen Lage. Der Kanton Schwyz gewährt seinen 18jährigen Bürgern schon seit 1848, ja eigentlich schon seit jeher das Stimmrecht. Dieser Umstand hat noch nie Anlass zu Schwierigkeiten oder Problemen gegeben. Ganz im Gegenteil, wir sind damit ausgezeichnet gefahren, und es besteht auch keine Absicht, daran etwas zu ändern. Aus diesem Grunde habe ich – wie der Referent schon ausgeführt hat – in der Herbstsession 1968 selbst ein Postulat eingereicht und um Einführung des Stimm- und Wahlrechts für die 18jährigen nachgesucht. Der Bundesrat war bereit, es entgegenzunehmen, hingegen wurde aus der Mitte dieses Rates opponiert, worauf dann aber das Postulat doch mit 21 : 8 Stimmen angenommen und überwiesen wurde.

Ich bin noch heute grundsätzlich ein Befürworter des Stimm- und Wahlrechts für die 18jährigen. Viele Gründe, die heute dagegen angeführt werden, kann ich nicht anerkennen. Eine möglichst breite Basis für die Mitwirkung der Bürger bei der Willensbildung ist in unserem Staate zweifellos erstrebenswert. Es scheint mir jedenfalls wünschenswerter, wenn unsere jugendlichen Mitbürger im Rahmen unserer demokratischen Institution auf das Geschehen im Staate Einfluss nehmen können, statt zum Mittel des Radikalismus gedrängt zu werden.

Es stimmt auch nicht, dass die Jugendlichen nicht vom Stimmrecht Gebrauch machen würden. Ich kenne Fälle, da im Kanton Schwyz das Gegenteil eingetreten ist. Uebrigens gilt hier doch wie seinerzeit beim Frauenstimmrecht: Das Stimmrecht ist ein Recht für jene, die davon Gebrauch machen wollen. Für den Kanton Schwyz würde die Einführung des Stimmrechts mit 18 Jahren beim Bund eine Harmonisierung, eine Vereinheitlichung, eine Vereinfachung bedeuten.

Heute stellt sich aber auch für mich – wie der Referent schon ausführte – die Frage: Hat eine solche Vorlage jetzt eine Chance? Leisten wir damit der Sache einen Dienst? Nach dem Ergebnis in allen Kantonen, in denen Abstimmungen durchgeführt wurden, und nach dem negativen Ausgang des Vernehmlassungsverfahrens muss ich wohl auch annehmen, dass eine Abstimmung heute ein negatives Ergebnis zeitigen würde. Das würde dem Anliegen aber sehr viel schaden, und eine Chance wäre auf Jahre hinaus vertan. Zudem sollten wir unsere schon auf das Maximum belastete Referendumsdemokratie nicht noch mit einer weiteren aussichtslosen Abstimmung belasten. Aus diesen Gründen habe ich mich im Büro der Stimme enthalten, und ich verzichte auch hier auf einen Gegenantrag.

M. Morier-Genoud: Faut-il abaisser à 18 ans l'âge requis pour l'exercice du droit de vote et d'éligibilité? Le Conseil national – je le rappelle – a répondu par l'affirmative contre l'avis initial de sa commission. Il propose de soumettre à tout le moins la question au peuple. Le bureau de notre conseil ne partage pas ce point de vue. Il est favorable, certes, au droit de vote à 18 ans, nous dit-il, mais il estime que le temps n'est pas encore venu de soumettre cette question au peuple. Attendons donc un peu, l'affaire n'est pas mûre. Inutile de déranger le peuple, puisqu'on connaît par avance sa réponse qui sera forcément négative. Manière élégante d'enterrer cette initiative!

Malgré tout le respect que je dois à notre bureau, je me permets de douter de la sagesse d'une telle proposition.

Une remarque de forme tout d'abord: j'ai fouillé notre bible, c'est-à-dire notre règlement du conseil, et j'ai vainement cherché la disposition qui permet au bureau de s'occuper d'un tel objet. Aussi je me demande pourquoi une commission n'a pas été chargée de l'examiner selon la procédure usuelle. Le bureau a-t-il estimé que la question n'en valait pas la peine, qu'elle ne présentait pas un intérêt suffisant? Pour ma part, je pense que c'est un problème qui mérite tout de même une attention plus grande. Il occupe notre Parlement depuis déjà de nombreuses années et tous les parlements des pays qui nous entourent ont eu à le traiter.

Les droits civiques de nos jeunes concitoyens ne sont pas à négliger pas plus que ceux de nos concitoyennes. A cet égard, l'argument, invoqué par le bureau à l'appui de sa proposition, me paraît peu convaincant. Peut-on vraiment déduire des scrutins cantonaux qui ont déjà eu lieu que le peuple sera forcément contre l'abaissement de la majorité civique en Suisse? Les certitudes exprimées à ce sujet par le bureau feraient pâlir de jalousie Mme Soleil. Pour le surplus, elles ne présentent pas grand mérite.

D'autres scrutins, plus récents et nombreux, ont montré combien il est difficile, non seulement d'interpréter la volonté populaire, mais encore plus de la prévoir. D'ailleurs, serait-ce une raison valable de renoncer à poser la question au peuple? Si l'on avait raisonné ainsi pour le suffrage féminin, il ne serait toujours pas introduit en Suisse. Quant aux sondages, ils ne sauraient remplacer la consultation populaire.

Enfin l'argument selon lequel le mouvement doit venir des communes, des cantons, c'est-à-dire de bas en haut, ne me paraît pas déterminant. L'on constate que les jeunes s'intéressent souvent davantage aux grands problèmes nationaux qu'aux problèmes de gestion locale. Je remarque en outre que certains cantons connaissent déjà le droit de vote à 18 ans. Or cela n'a pas entraîné à ce jour ce mouvement aspirant vers le haut. Je crois donc qu'il est préférable de traiter le problème à l'échelon national.

Sur le fond du problème, je me bornerai à relever que les mœurs et les conceptions évoluent rapidement même en politique. C'est pourquoi, encore une fois, pas plus que la question du suffrage féminin, celle de l'abaissement de la majorité civique à 18 ans ne peut être considérée comme définitivement classée à la suite de quelques scrutins cantonaux négatifs. Tous les pays qui nous entourent, la France, l'Allemagne, l'Italie, l'Autriche, ont abaissé la majorité civique, voire civile, au-dessous de 20 ans, suivant en cela une résolution votée par le Conseil de l'Europe, le 19 septembre 1972. Ils l'ont fait pour intégrer à la vie politique des classes d'âge auxquelles l'Etat demande des prestations économiques, financières, sociales et militaires. N'est-il pas normal et équitable en contre-partie que ces jeunes puissent participer à la vie politique de cet Etat?

Il n'en va pas différemment de nos jeunes Suisses et de nos jeunes Suissesses de 18 à 20 ans. Pourquoi ce manque de confiance à leur égard, pourquoi cette peur des jeunes? Montreraient-ils une maturité moins grande que leurs homologues européens, se désintéresseraient-ils plus de la vie politique? Je crois que leur intérêt pour les grands problèmes de l'heure, celui de l'énergie nucléaire par exemple, démontre clairement le contraire. Alors faut-il les rejeter de notre vie politique, de nos débats démocratiques? Faut-il ne leur laisser, pour voies d'expression, que les manifestations? Faut-il encourager chez eux une tendance à l'extrémisme que l'on craint précisément? Cette solution me paraît fâcheuse.

Je souhaite, pour ma part, que le peuple suisse puisse dès maintenant se prononcer et leur accorder le droit de vote et d'éligibilité. Je suis convaincu que les jeunes sont tout aussi capables et tout aussi dignes de s'occuper des affaires politiques que beaucoup de citoyens plus âgés. De surcroît, une telle mesure contribuera heureusement à rétablir un certain équilibre dans la pyramide des âges, pyramide caractérisée par un accroissement massif des

classes âgées de la population. L'abaissement de la majorité civique constituera un contrepoids salutaire pour notre vie politique. Certes, je ne me fais aucune illusion, il ne faut en attendre aucun miracle, ni aucun bouleversement. Les expériences faites par les pays qui nous entourent sont révélatrices. Néanmoins, la Suisse n'a aucune raison valable de se singulariser dans ce domaine. Le Conseil des Etats a encore moins de raisons de se distancer, à tout prix, à ce sujet, du Conseil national. C'est pourquoi je vous demande de suivre ce dernier et de soumettre d'ores et déjà la question au peuple.

Bächtold: Im Gegensatz zu Herrn Kollege Morier-Genoud habe ich noch nie an der Sagesse, an der Weisheit des Büros gezweifelt. Im Gegenteil: Sein Antrag, diese Initiative abzulehnen, und die Begründung, die uns der Herr Vizepräsident, Kollege Reimann, gegeben hat, bestätigen mein unerschütterliches Vertrauen. Ich kann mich deshalb dem Antrag des Büros anschliessen. Dabei ist der Umstand, dass es sich um ein Ziegler-Produkt handelt, für mich keineswegs ein Grund zur Ablehnung, natürlich auch nicht zur Annahme. Mein Nein gründet weniger in grundsätzlichen Überlegungen als in den politischen Realitäten, vor allem in den Erfahrungen meines Heimatkantons. Wie Sie von Herrn Vizepräsident Reimann gehört haben, ist Schaffhausen jener Stand der Eidgenossenschaft, der schon zweimal – 1972 und 1975 – Initiativen zur Herabsetzung des Stimm- und Wahlrechtsalters verworfen hat, beide Male mit für die Initianten geradezu deklassierenden Mehrheiten, ungefähr im Verhältnis 5 : 1. Im allgemeinen gilt Schaffhausen als ein guter Indikator für gesamtschweizerische Stimmungen und Entscheidungen.

Ich möchte zu unserer Diskussion nur noch folgendes beifügen: Diese Umfrage, namentlich unter Berufs- und Kantonschülern, hat doch zum Ausdruck gebracht, dass die Jugendlichen ein politisches Mitspracherecht vor allem in Gemeinde- und Kantonsangelegenheiten suchen, während sie dem Stimmrecht auf Bundesebene eher etwas skeptisch und distanziert gegenüberstehen. Es wäre wahrscheinlich auch hier richtig, wenn man den Weg von unten nach oben beginnen würde. Nur muss man dabei ein ehrliches Spiel treiben, nicht wie beim Frauenstimmrecht, wo manche Gegner sagten, man solle auf den Bund warten, und wenn dann der Bund das Frauenstimmrecht einführen wollte, dann hiess es, die Kantone sollen damit beginnen. Bei unseren Schaffhauser Abstimmungen, Herr Kollege Ulrich, war natürlich ein oft gehörtes Argument, dass die 18jährigen Innerschweizer in den Kantonen Schwyz, Zug und Obwalden das Stimmrecht besitzen und dass man dort – wie wir es gehört haben – keine schlechten Erfahrungen gemacht habe. Darf ich dazu in Ergänzung Ihres Votums etwas Historisches mitteilen, das nicht in der Botschaft des Bundesrates steht. Es ist eine Tatsache, dass im Gebiet der Eidgenossenschaft die Volljährigkeit während des Mittelalters und bis weit in die Neuzeit hinein bereits mit 14 Jahren erreicht wurde und dass übrigens auch die Wehrpflicht und die Waffenfähigkeit viel früher begannen als heute. In den Stadtstaaten wie Schaffhausen wurden Untertanen mit 14 Jahren vereidigt, und in den Landkantonen konnten die Jugendlichen schon früh an den Landsgemeinden teilnehmen. Es war dann die helvetische Einheitsverfassung, welche die Altersgrenze unter französischem Einfluss gesetzlich und einheitlich auf 20 Jahre hinaufsetzte.

Nachher griffen einige Kantone der Innerschweiz auf die frühere Tradition zurück, nicht aus Fortschrittlichkeit, sondern eher aus einer gewissen konservativen Gesinnung heraus. Ich nehme nicht an, dass die 18jährigen Innerschweizer der Kantone Schwyz, Zug und Obwalden politisch reifer sind als die 18jährigen Schweizer anderer Kantone; ich glaube, sie nehmen das auch nicht für sich in Anspruch. Es ist zuzugeben – da muss ich Herrn Kollege Morier-Genoud recht geben –, dass sich in den letzten Jahrzehnten manches verändert hat zugunsten der Herabsetzung des Stimm- und Wahlrechtsalters auf 18 Jahre.

Das Aufkommen von Radio und Fernsehen hat den Informationsmöglichkeiten erheblichen Auftrieb gegeben, und die staatsbürgerliche Ausbildung in unseren Schulen ist gegenüber früher besser geworden, wenn auch auf diesem Gebiet noch viel zu tun wäre.

Es werden sogar psychologische und biologische Gründe vorgebracht. Da ist ein Fragezeichen am Platz. Sicher ist die Jugend heute ungehemmter und frühreifer als einst, zum Beispiel in sexuellen Fragen. Aber das ist noch kein Beweis dafür, dass sie auch in politischer und charakterlicher Hinsicht reifer geworden ist. Wie immer dem sei, ich hoffe, dass ein negativer Entscheid des Ständerates von der politisch wirklich interessierten Jugend nicht etwa als Herabsetzung empfunden wird. Die Jugendlichen lieben die Offenheit und die Klarheit, und die meisten schätzen den Kult nicht, der in den letzten Jahrzehnten mit ihnen getrieben worden ist, zum Teil ihrer grösseren Kaufkraft wegen. So muss man den Jugendlichen meines Erachtens mit aller Offenheit sagen, dass sich derartige Veränderungen in der Demokratie mit Zwängereien nicht vollziehen lassen. Im Kanton Schaffhausen habe ich nie erlebt, dass jemand in kurzer Zeit vom Saulus zum Paulus wurde. Hingegen darf ich in diesem Zusammenhang an eine andere biblische Gestalt erinnern, nämlich an den König Salomo, der sagte, Geduld sei der zweite Verstand, und ein geduldiger Geist sei besser als ein hoher Geist. Mit den Herren Kollegen Reimann und Ulrich glaube auch ich, dass man der Sache keinen guten Dienst leistet, wenn man jetzt an den Bäumen zu schütteln und zu rütteln beginnt, bevor die Früchte an diesen Bäumen reif geworden sind. Mit dem Hinweis auf den Psalm Salomos möchte ich Ihnen empfehlen, dem Antrag des Büros Folge zu leisten.

Reimann, Berichterstatter: Gestatten Sie mir nur eine Feststellung zur Frage, warum das Büro Ihres Rates dieses Geschäft behandelt habe. In Artikel 11 unseres Geschäftsreglements wird festgehalten, dass das Büro wählt, falls der Rat die Wahl nicht selber vorzunehmen beschliesst: die nichtständigen Kommissionen und deren Präsidenten. Es ist nirgends verboten, dass in ganz seltenen Fällen das Büro ein Geschäft selber übernimmt, nämlich dann, wenn die Mitglieder des Büros nach alter Tradition eine Fahrt in den Kanton des Ratspräsidenten unternehmen. Die Zusammensetzung des Büros entspricht in diesen Fällen natürlich nicht immer dem politischen Kräfteverhältnis unseres Rates. Es ist heute indessen das erstemal, dass diese an und für sich bescheidene Sache, die wir uns da alle Jahre einmal «zuschauzen», zu Kritik in diesem Rat geführt hat. Ich begreife Herrn Morier-Genoud, doch lag es mir daran, diese Feststellung hier im Namen des Büros zu machen.

Ich wiederhole: Wir sind nicht leichtsinnig an dieses Geschäft herangegangen. Wir haben die Dinge gründlich studiert, und es wäre falsch zu denken, dass wir nur mit Rücksicht auf die politische Lage Ablehnung der Initiative beantragen würden; wir sind vielmehr der Meinung, dass wir mit unserem Antrag der Sache einen Dienst erweisen.

M. Dreyer: Avec beaucoup d'entre vous, je pense, je suis partisan de l'abaissement de l'âge du droit de vote et d'éligibilité à 18 ans.

Tout à l'heure, on a rappelé les arguments qui militent en faveur de ce principe, de ce postulat qui est devenu une initiative. Je ne les rappellerai pas, mais je voudrais simplement insister sur un fait. Lorsque, il y a plus de 20 ans, on discutait âprement dans cette enceinte du suffrage féminin, on opposait un certain nombre d'arguments qui se retrouvent aujourd'hui dans les thèses de ceux qui, directement ou indirectement, s'opposent à l'initiative. Sur le fond, je crois, il n'y a pas de doute: la plupart d'entre nous sommes d'accord avec la nécessité d'accorder aux jeunes, dès l'âge de 18 ans, le droit de vote et d'éligibilité.

J'évite les redites, je n'ai pas besoin d'étayer l'argumentation que l'on sait. En revanche, la question qui se pose

aujourd'hui pour nous réside moins dans le fait de savoir s'il faut, oui ou non, accorder le droit de vote et d'éligibilité à 18 ans que dans le fait de savoir s'il faut, oui ou non, soumettre au peuple une initiative allant dans ce sens, soumettre cette initiative au peuple dans les circonstances présentes et dans un délai très rapproché.

L'auteur de l'initiative, je crois pouvoir le dire, ne se faisait pas beaucoup d'illusions sur le résultat d'un vote du Parlement, et surtout du peuple. Il a voulu faire une espèce de coup d'éclat et peut-être aussi, en toute bonne conscience, faire avancer la cause; c'est en effet faire avancer la cause, incontestablement, que nous obliger à discuter le principe.

Mais on l'a rappelé, toutes les tentatives faites jusqu'ici, dans divers cantons, tendant à l'octroi du droit de vote à 18 ans ont échoué. Là où le droit de vote existe déjà à 18 ou à 19 ans, on n'a pas fait voter le peuple au cours de ces dernières années, il s'agit d'une très, très longue tradition.

Je crains que les partisans de la thèse du Conseil national, thèse qu'a reprise ici notre collègue Morier-Genoud, ne se rendent pas compte que le moyen le plus sûr de nuire à la cause, c'est d'inviter le peuple à se prononcer sans délai sur la question. En politique, pour aller sûrement et vite, il faut savoir parfois se hâter lentement et l'on peut reprendre l'expression souvent utilisée en la circonstance: «Aujourd'hui, il est urgent d'attendre.» Les partisans éclairés de la cause comprendront sans doute que la décision négative que nous prendrions aujourd'hui n'a pas pour but de combattre le principe; elle n'aurait d'autre but que d'éviter que, par un vote négatif du peuple, on recule à trop longtemps l'échéance d'une votation populaire.

Si l'on devait voter à bref délai, la décision populaire – contrairement à ce que pense, dans un optimisme pas très éclairé, je dois le dire, notre collègue Morier-Genoud – serait sans doute négative; on ne ferait alors que reculer exagérément l'échéance attendue par les partisans du principe.

Vous savez, en outre, qu'à la suite de plusieurs votations populaires, on n'a pas manqué de relever qu'il y avait une sorte de divorce entre l'opinion et le Parlement. Ce n'est pas toujours le cas, mais c'est trop souvent le cas. En l'occurrence, si le Parlement permettait au peuple de se prononcer sur cette initiative ou l'invitait à s'exprimer à ce propos, il ferait une fois de plus, inutilement, la démonstration qu'il existe un divorce entre ce qu'il décide et ce que le peuple pense.

C'est vrai qu'on ne devrait pas nécessairement tenir compte des résistances de l'opinion et des résistances populaires, parce qu'il ne faut pas toujours donner l'impression que les politiciens pratiquent cette règle émise par un politicien français poltron qui disait: «Je les commande, donc je les suis!» Nous devons de temps en temps les précéder. Mais pour l'heure, en voulant les précéder, nous nuisons à la cause. Or cette cause m'est chère et je voudrais éviter à tout prix qu'aujourd'hui on la compromette parce qu'il faut, sans trop tarder, lui donner des chances effectives de se concrétiser.

Je soutiens donc la proposition du bureau.

M. Morier-Genoud: Deux remarques. La première à l'égard de l'auteur de l'initiative qu'on a qualifiée tout à l'heure de «coup d'éclat». Pour une fois que dans le flot d'initiatives, de motions, d'interpellations, de questions petites ou grandes, expresses ou non, mais toujours d'une portée planétaire, sinon cosmique qu'il dépose, pour une fois qu'il en est une qui soulève un problème plus modeste, qui touche concrètement et directement nos concitoyens et leurs droits civiques, je regretterais pour ma part qu'elle pâtisse de son auteur.

Ma seconde remarque à l'intention de M. Dreyer. Il déclare qu'il est en faveur de cette cause. Cependant, nous dit-il: «Hâtons-nous lentement, il n'est pas opportun de

soumettre la question au peuple maintenant; ce serait l'enterrer à coup sûr.» Je lui répondrai seulement ceci: le moyen le plus sûr d'enterrer la question, c'est de ne pas la soumettre au peuple.

Bundespräsident Furgler: Wie im Nationalrat, so schälen sich auch hier zwei Hauptfragen heraus. Die erste: Ist man grundsätzlich der Meinung, dass das Stimmrechtsalter auf 18 Jahre gesenkt werden sollte? Die zweite: Wenn ja, ist der Moment gekommen, das heute zu tun? Bezeichnend in dieser Richtung ist das letzte Gespräch zwischen den Herren Dreyer und Morier-Genoud. Ich darf Ihnen in Erinnerung rufen, dass mit Bezug auf die erste grundsätzliche Frage (Pro oder Kontra) der Bericht der Studienkommission, den wir im Jahre 1973 verlangt hatten, recht aufschlussreich ist, aufschlussreich in der Hinsicht, dass keine «unité de doctrine» zustande kam. Alle, die sich äusserten, stützten sich auf Aerzte sowie Psychologen und viel weniger auf juristische Argumente. Die einen erklärten, die heutige Industriegesellschaft habe bewirkt, dass die jungen Menschen nicht nur biologisch viel früher reif seien, sondern auch politisch dieses innere Empfinden in eine Teilnahme an der Staatlichkeit umsetzen wollten; andere beriefen sich fast *e contrario* auf die gleichen Zeugen.

Der Bundesrat hat sich darüber sehr einlässlich ausgesprochen. Er hat mit Bezug auf die erste Frage die Tendenz zu bejahen, wonach man diese verschiedenen Fakten, die in der Studienkommission sichtbar geworden sind, so deuten könnte, dass jüngere Menschen auch am staatlichen Geschehen teilnehmen sollten. Vor allem hat in diesem Zusammenhang bei der Frage 1 mitgespielt, dass natürlich auch unsere Rechtsordnung verschiedene sichtbar macht, was diesen Entscheid fast nahelegt. Ich verweise auf Regelungen in Rechtsgebieten wie dem Strafrecht, wo Jugendliche im Sinne des Strafgesetzbuches Menschen sind zwischen 15 und 18 Altersjahren. Für sie sind besondere Strafen und Massnahmen vorgesehen, bei denen die Nacherziehung im Vordergrund steht, während die 18- bis 25jährigen grundsätzlich den allgemeinen Bestimmungen des Erwachsenen-Strafrechts unterstehen. Sie erinnern sich auch aus dem Arbeitsrecht an die Schutzbestimmungen für jugendliche Arbeitnehmer bis zum erfüllten 18. Altersjahr, ausgeweitet für Lehrlinge bis zum 20. Altersjahr. Das Gegenbeispiel wäre die Bindung der Wehrpflicht an das 20. Altersjahr, entsprechend dem Mündigkeitsalter, wie wir es aus dem Zivilgesetzbuch kennen und mit Bezug auf das Abstimmungsrecht auch hier wieder vorfinden. Es lag mir daran, das sichtbar zu machen.

Mit Bezug auf Nachbarländer haben mehrere Redner bereits erwähnt, dass in den letzten Jahren die Bundesrepublik Deutschland, Frankreich und Italien das Mündigkeitsalter neu auf 18 Jahre festgesetzt haben, Oesterreich auf 19 Jahre. Sind wir eine Insel? Können wir uns diesem Trend entziehen oder haben wir, wie das unsere eigene Rechtsordnung in verschiedenen Gebieten sichtbar macht, jetzt den Schritt auch im Stimmrechtsalter zu vollziehen? Ich hörte mit Interesse das Gespräch zwischen den Herren Bächtold und Ulrich über den Stellenwert der Inner-schweiz und deren Regelung (18 Jahre). Herr Bächtold meinte, dass das nicht aus Fortschrittlichkeit geschehen sei, sondern eher aus einer gewissen konservativen Gesinnung heraus. Für mich ist es selbstverständlich, dass sich diese beiden Begriffe sehr gut in einer Synthese zu finden vermögen, so dass auch der Konservative fortschrittlich sein kann. Das ist sicher beim Kanton Schwyz, aber auch bei Zug und Obwalden, der Fall gewesen.

Die zweite wichtige Frage, nachdem Sie diesen Grundtenor aus mir hören, wonach ich meine, man könnte es wagen: Soll man es heute wagen? In dieser Frage kam der Bundesrat bei seiner damaligen Stellungnahme zur Ueberzeugung, dass die Ergebnisse der kantonalen Abstimmungen den Elan gebremst hätten. Sie wissen, dass alle Kantone, die neu diesen Schritt nach unten vollziehen

wollten, wuchtige Nein-Entscheide zur Kenntnis nehmen mussten; Herr Bächtold hat davon gesprochen. Wir haben sogar bei einer Zwischenanalyse nach unserem ersten Bericht die Feststellung gemacht, dass seither weitere sechs Kantone eine Herabsetzung des Stimmrechtsalters hoch verworfen haben. Das führte dazu, dass wir es nicht in die erste Prioritätsordnung aufnehmen; sie konnten das aus dem Regierungsprogramm entnehmen.

Ich komme zum Schluss. Nach meiner Ueberzeugung muss die Hauptfrage – soll man die Tendenz bejahen? – tatsächlich positiv beantwortet werden. Die zweite Frage – soll man es heute tun? – betrachte ich als unentschieden. Neigungsmässig würde ich meinen: Warum soll man es nicht einmal dem Volk anheimstellen, sich auszusprechen? Hat doch Herr Morier-Genoud sicher recht mit dem Hinweis darauf, dass die sicherste Art, es nicht einzuführen, das Nichtunterbreiten sei. Ich habe aber auch Verständnis – wie wir es in der Botschaft des Bundesrates selbst zum Ausdruck brachten –, wenn aufgrund der negativen Entscheide der Kantone der Reifegrad bestritten wird. Für mich ist wichtig, dass Sie jetzt einmal entscheiden, damit dieses jahrelange Spiel zwischen beiden Räten ein Ende findet und der Stimmbürger weiss: Können wir uns dazu aussprechen oder nicht?

Abstimmung – Vote

Für den Antrag des Büros	21 Stimmen
Für den Antrag Morier-Genoud	9 Stimmen

An den Nationalrat – Au Conseil national

77.060

Volksabstimmung vom 12. Juni 1977. Erwahrung Votation populaire du 12 juin 1977. Résultat

Bericht des Bundesrates und Beschlussentwürfe
vom 19. August 1977

Rapport du Conseil fédéral et projets d'arrêté du 19 août 1977

Beschluss des Nationalrates vom 26. September 1977

Décision du Conseil national du 26 septembre 1977

Antrag der Kommission

Eintreten und Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Proposition de la commission

Entrer en matière et adhérer à la décision du Conseil national

M. Aubert, rapporteur: Le 12 juin 1977, deux arrêtés fédéraux ont été soumis au vote du peuple et des cantons:

1. L'arrêté réformant le régime de l'impôt sur le chiffre d'affaires et de l'impôt fédéral direct a été rejeté par 1 117 044 «non» contre 760 830 «oui» et par 18 cantons et 6 demi-cantons contre 1 canton, le canton des Grisons, seul acceptant;

2. L'arrêté fédéral concernant l'harmonisation fiscale qui a été accepté par 1 133 652 «oui» contre 715 072 «non» et par 16 cantons et 3 demi-cantons contre 4 cantons: Schwyz, Zoug et Valais et 3 demi-cantons: Obwald, Nidwald et Appenzell-Rhodes-Intérieures.

Une réclamation, «eine Beschwerde», a été déposée contre le résultat du scrutin relatif à l'arrêté réformant le régime de l'impôt sur le chiffre d'affaires et de l'impôt fédéral direct. Il s'agit de la réclamation du citoyen Markus Schifferle, Gutstrasse 101, à Zurich. Le recourant affirme, dans une réclamation non motivée:

1) que les locaux de vote à Zurich n'étaient pas encore ouverts le jeudi 9 juin 1977, à 12 heures.

2) que l'objet numéro 1 de la votation fédérale du 12 juin, à savoir l'arrêté fédéral réformant le régime de l'impôt sur le chiffre d'affaires et l'impôt fédéral direct, viole le principe de l'unité de la matière.

Le premier grief portant sur l'ouverture des locaux de vote n'est pas sérieux. Même lors de votations cantonales, le canton de Zurich ne fait pas ouvrir les locaux de vote le jeudi déjà; la loi ne contraint donc pas à rendre les urnes accessibles si tôt en cas de votations fédérales.

Le deuxième grief quant à l'unité de la matière – cette fameuse «Einheit der Materie», dont nous avons déjà si souvent parlé à l'occasion de validations de résultats de votations – est devenu sans objet à la suite du rejet, par le peuple, de l'arrêté fédéral réformant le régime de l'impôt sur le chiffre d'affaires et l'impôt fédéral direct, le 12 juin dernier. Quant à savoir si une réclamation sur ce point est admissible – elle est dirigée, je vous le rappelle, contre une décision prise par les Chambres fédérales – c'est une question qui peut, momentanément, rester ouverte.

La commission a constaté, comme je l'ai signalé tout à l'heure, que le recourant n'avait pas motivé le grief qu'il formulait. En effet, M. Schifferle a indiqué – je traduis librement sa plainte –: «L'objet numéro 1 de la votation du 12 juin viole le principe de l'unité de la matière.» On ignore en quoi le recourant estime que cette unité de la matière a été violée. Il ne l'explique pas. Il ne motive pas cette opposition. Il semble perdre de vue que le principe de l'unité de la matière n'est pas violé, n'est pas transgressé, lorsque deux objets étroitement liés sont regroupés dans un même projet, et je pense que personne ne contestera que le régime de l'impôt sur le chiffre d'affaires et l'impôt fédéral direct sont des objets étroitement liés et qui étaient groupés dans un même projet.

La commission de vérification des pouvoirs a, d'autre part, contrôlé les résultats de cette votation populaire. Elle vous propose, à l'unanimité, de rejeter la réclamation de M. Markus Schifferle, pour autant que cette dernière ne soit pas déjà sans objet – vu le rejet de l'arrêté par le peuple – et de valider les résultats de la votation populaire du 11 juin 1977 en acceptant, *in globo*, les deux projets d'arrêtés qui nous sont soumis.

Eintreten wird ohne Gegenantrag beschlossen

Le conseil décide sans opposition d'entrer en matière

Gesamtberatung – Traitement global des projets

Bundesbeschluss über das Ergebnis der Volksabstimmung vom 12. Juni 1977 (Neuordnung der Umsatzsteuer und der direkten Bundessteuer)

Arrêté fédéral constatant le résultat de la votation populaire du 12 juin 1977 (Réforme du régime de l'impôt sur le chiffre d'affaires et de l'impôt fédéral direct)

Titel und Ingress, Art. 1 und 2

Titre et préambule, art. 1 et 2

Bundesbeschluss über das Ergebnis der Volksabstimmung vom 12. Juni 1977 (Steuerharmonisierung)

Arrêté fédéral constatant le résultat de la votation populaire du 12 juin 1977 (Harmonisation fiscale)

Titel und Ingress, Art. 1 und 2

Titre et préambule, art. 1 et 2

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble

Für Annahme der Beschlussentwürfe	25 Stimmen
	(Einstimmigkeit)

Präsident: Die Beschwerde des Herrn Schifferle ist damit als erledigt zu betrachten.

An den Bundesrat – Au Conseil fédéral

Parlamentarische Initiative (Ziegler-Genf). Stimmrecht und Wählbarkeit für Achtzehnjährige

Initiative parlementaire (Ziegler-Genève). Droit de vote et d'éligibilité abaissé à 18 ans

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1977
Année	
Anno	
Band	IV
Volume	
Volume	
Session	Herbstsession
Session	Session d'automne
Sessione	Sessione autunnale
Rat	Ständerat
Conseil	Conseil des Etats
Consiglio	Consiglio degli Stati
Sitzung	10
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	75.223
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	05.10.1977 - 09:00
Date	
Data	
Seite	565-569
Page	
Pagina	
Ref. No	20 006 157

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.